



# ROTES HERZ UND GRÜNE LUNGE

Legislaturziele 2019–2023 der sozialdemokratischen Fraktion des Kantonsrates Zürich

Beschlossen am 8. Juli 2019

# SOZIAL UND ÖKOLOGISCH – GESTALTEN STATT ABWEHREN

## Ein Blick zurück – ohne Zorn

Die letzte Legislatur war dominiert vom Kampf gegen den rechtsbürgerlichen Übermut. Die kurzen Einleitungstexte, die wir den thematischen Legislaturzielen auf den folgenden Seiten voranstellen, legen davon beredt Zeugnis ab. Dennoch ist es für uns keine verlorene Legislatur. Die schlimmsten Auswüchse der alten Mehrheit konnten wir an der Urne mit Erfolg abwehren (Wassergesetz, Schiffsunfliber, Plünderung des Verkehrsfonds, Hundegesetz ...). Mehr noch: Mit einem neuen solidarischen Finanzierungsmodell bei Heimplatzierungen, einem vernünftigen Kompromiss bei der Mehrwertabgabe auf Planungsgewinnen, einem Taxigesetz, das den Wildwest-Markt klar in die Schranken weist, und einer sozial verträglichen Revision der individuellen Prämienverbilligung konnten wir auch gestalterisch Akzente setzen. Darauf lässt sich aufbauen.

## Jetzt erst recht: Gestalten statt abwehren

Die Wahlen im Frühling 2019 haben die rechte Dominanz gebrochen. Eine neue Mitte-Links-Mehrheit ist in den Bereich des Möglichen gerückt. Sie muss sich zwar erst noch finden; die Chance, in den Jahren 2019 bis 2023 die Weichen neu zu stellen und den Zürcher Polit-Zug endlich in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit und Klimaneutralität in Bewegung zu setzen, sind aber durchaus intakt. Das ist ebenso erfreulich wie wichtig. Die Klimabewegung gibt uns dafür den nötigen Rückenwind.

Die SP-Fraktion brauchte ihr Licht dabei schon bisher nicht unter den Scheffel zu stellen. Wir haben uns auch in den vergangenen Legislaturen intensiv für den Schutz von Umwelt und Natur, gegen unsinnige Strassenbauprojekte, für einen menschenverträglichen Luftverkehr und griffige Massnahmen im Kampf gegen die Erderwärmung eingesetzt – meist allerdings ohne dafür Mehrheiten zu finden. Das kann und muss sich jetzt ändern.

## Sozial und ökologisch

Die SP ist im Herzen grün und sozial. Eine ökologische Politik, die einseitig zu Lasten der sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft geht, ist zum Scheitern verurteilt; sie ist mit uns nicht zu haben. Soziale Gerechtigkeit gehört genauso zur DNA unserer Partei wie der Kampf für eine auch in Zukunft intakte Umwelt. Mit den Zielen, die wir uns für die neue Legislatur setzen, legen wir dafür Zeugnis ab. Daran lassen wir uns messen.

## Ein Legislaturprogramm für alle statt für wenige

Das vorliegende Legislaturprogramm wurde von der SP-Fraktion im Kantonsrat an einer Fraktionstagung erarbeitet, vom Vorstand und den Ausschüssen intensiv überarbeitet und ergänzt und von der ganzen Fraktion im Juli 2019 genehmigt. Es soll zum Leitfaden für unsere Arbeit im Kantonsrat werden. Zu diesem Zweck wird es jährlich konkretisiert, aktualisiert und Schritt für Schritt umgesetzt.

Es ist so formuliert und gestaltet, dass es nicht nur für Insider lesbar ist. Wir präsentieren es den Mitgliedern unserer Partei in Stadt und Land, aber auch einer breiteren Öffentlichkeit. Als Volksvertreter\*innen sind wir auf den Dialog mit den Zürcher\*innen inner- und ausserhalb der SP angewiesen. Wir freuen uns darauf.

## Eine Lesehilfe

Das Legislaturprogramm 2019 bis 2023 ist von der Fraktion für die praktische politische Arbeit im Kantonsrat ausgearbeitet worden. Entsprechend ist es aufgebaut. Die einzelnen Zielsetzungen sind nicht nach Priorität geordnet, sondern thematisch auf die Arbeit der vier Ausschüsse ausgerichtet, welche sich in der SP-Fraktion um die Politikbereiche Bildung und Kultur | Finanz und Wirtschaft | Planung, Umwelt, Energie, Verkehr | Soziale Sicherheit und Gesundheit | Staat und Justiz kümmern. In einem ersten Kapitel sind jene Zielsetzungen zusammengefasst, die mehrere Politikbereiche betreffen. Sie sind deswegen nicht wichtiger als die Ziele in den Ausschusskapiteln.

# LEGISLATURZIELE, DIE MEHRERE AUSSCHÜSSE BETREFFEN

## **Umwelt und Klima – jetzt oder nie!**

- Wir haben noch 11 Jahre Zeit bis 2030. Dann soll Zürich CO<sub>2</sub>-neutral sein. Dieses Ziel muss erreicht werden, ohne die sozialen Errungenschaften in Frage zu stellen.
- In der laufenden Legislatur muss der Ausstieg aus den fossilen Treib- und Brennstoffen und die Umstellung auf erneuerbare Energie mit Hochdruck vorangetrieben und massiv gefördert werden – mit Lenkungsabgaben und auf gesetzgeberischem Weg.
- Wir fördern die natürliche Vielfalt und Biodiversität, vernetzte Biotope, weniger intensiv genutzte Wälder und renaturierte Gewässer.

## **Frühförderung, Kinderbetreuung, Elternzeit**

- Armutsbekämpfung beginnt mit der Frühförderung und mit der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf: Familienergänzende Betreuung und Frühförderung muss allen zur Verfügung stehen, unabhängig von ihrer sozialen Position.
- Die Gemeinden müssen stärker in die Pflicht genommen werden, gleichzeitig darf sich der Kanton aber nicht aus der finanziellen Verantwortung ziehen: Wir entwickeln Finanzierungsmodelle für die familienergänzenden Betreuung mit kantonaler Beteiligung.
- Pädagogisch hochstehende Tagesstrukturen und Tagesschulen müssen in allen Regionen des Kantons für alle zugänglich und finanzierbar sein, nicht nur während der Schulzeit, sondern auch in den Ferien, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land.
- 18 Wochen bezahlte Kinderzeit für Väter und Mütter sollen allen Familien einen optimalen Start ins gemeinsame Leben ermöglichen.

## **Kulturfinanzierung – Kultur für alle statt für wenige**

- Kultur ist mehr als eine Lotterie: Wir setzen uns ein für eine sichere Kulturfinanzierung. Eine vielfältige Kultur braucht im Kanton Zürich zusätzliche öffentliche Mittel – über ein neues Lotteriefondsgesetz und über Beiträge aus dem ordentlichen Staatsbudget.
- Die wertvolle Kunstsammlung des Kantons soll sichergestellt, geschützt und zugänglicher werden.

## **Gleichstellung in Bildung, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Sport**

- Wo immer der Kanton Einfluss hat, zum Beispiel bei Submissionsverfahren, ist die Lohngleichzeit kompromisslos durchzusetzen.
- Die Fachstelle für Gleichstellung muss aufgewertet werden.
- In allen Aufsichtsgremien von kantonalen und kantonsnahen Institutionen und Unternehmen setzen wir eine Genderquote von mindestens einem Drittel durch.

## **Integration – Inklusion**

- Integration/Inklusion ist ein übergreifendes Leitziel für alle Politik- und Gesellschaftsbereiche.
- Besonderen Schutz verdienen die Schwächsten in der Gesellschaft. Wir kämpfen für einen besonderen Schutz und eine bessere Stellung der minderjährigen Flüchtlinge, die ohne Eltern in unserem Land leben.
- Die zunehmende Benachteiligung der älteren Arbeitnehmenden muss gezielt beseitigt werden.

## **Bodenpolitik ist Sozialpolitik**

- Boden ist ein knappes Gut und lässt sich nicht vermehren. Deshalb sind eine gerechte Verteilung und nachhaltige Nutzung zentral für die Gesellschaft. Wir verlangen ein Vorkaufsrecht für die Gemeinden, insbesondere beim Verkauf von Grundstücken von staatsnahen Betrieben.
- Wir fordern vom Kanton ein verstärktes Engagement bei der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

# LEGISLATURZIELE BILDUNGS- UND KULTURPOLITIK

## Rückblick: Solidarische Heimfinanzierung – Aktenzeichen Kulturpolitik ungelöst

### Heimpolitik: Solidarische Finanzierung durch die Gemeinden

Im Kinder- und Jugendheimgesetz konnte erstmals erfolgreich eine Solidarfinanzierung durch die Gemeinden verankert werden. Damit konnte ein erster grosser Erfolg im Hinblick auf einen gerechteren Sozillastenausgleich erzielt werden. Der Nachteilsausgleich auf Sekundarstufe II (Gymnasium) wurde gesetzlich verankert, allerdings leider nicht so, wie es aus Sicht der SP dringend notwendig wäre.

### Anstellungsbedingungen: Berufsauftrag – wie bleiben dran

Bei der Umsetzung des neuen Berufsauftrags zeigen sich Probleme. Nachdem der Budgetantrag der SP zur Altersentlastung keine Mehrheit fand, haben wir gemeinsam mit GLP und EVP eine Motion zur Altersentlastung und später ein Postulat zu den Krankheitsabsenzen eingereicht, um damit die gravierendsten Mängel sofort anzugehen. Für weitergehende Reparaturarbeiten am Berufsauftrag warten wir auf den Bericht des Regierungsrates.

Die Arbeitszeit von Lehrpersonen wird nicht nur im Rahmen des neuen Berufsauftrags kontrovers diskutiert. Auf der Sekundarstufe II wurde die Arbeitszeit der Lehrpersonen im Zusammenhang mit den Massnahmen zur «Leistungsüberprüfung 16» sogar verlängert. Wir setzen darauf, dass die Arbeitszeitstudie, die wir mit einem Postulat gefordert haben, eine Mehrheit finden wird und die nötige Basis für eine dringend nötige Entlastung schaffen wird.

### Frühe Förderung: (noch) nicht mehrheitsfähig

2015 wurde die «PI Spillmann» eingereicht, die Deutschförderung für alle Kinder ohne oder mit ungenügenden Deutschkenntnissen vor dem Kindergartenbeginn forderte. Nach der Beratung in der Kommission fand sie aber keine Mehrheit und wurde auch im Kantonsrat abgelehnt. Im Anschluss daran reichte die SP gemeinsam mit der EVP und der GLP die Motion «Frühe Deutschförderung» ein.

Mehrfach wurden Budget- und KEF-Anträge zu Väter- und Mütterberatung eingereicht, im Rat aber jeweils durch die rechte Mehrheit abgelehnt.

### Integration stärken: der weite Weg zur Chancengerechtigkeit

Die parlamentarische Initiative «Kantonalisierung der DaZ-Lehrpersonen» wurde zwar überwiesen, in der Kommission und im Rat aber abgelehnt.

Die SP hat diverse Vorstösse zur Berufsbildung für benachteiligte Personen eingereicht oder mitunterzeichnet. Die Motion «Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Lernlaufbahn – ChagAll for all» verlangt mehr Fairness im Übertrittsverfahren ans Gymnasium. Es sollen Prüfungsvorbereitungskurse und Begleitung bei der Probezeit für benachteiligte Jugendliche möglich sein.

Auch unsere Vorstösse zum Thema der Integrierten Schulung sind alle noch pendent.

### Kultur: Lotteriefonds genügt nicht

Seit der Regierungsrat den grössten Teil der nicht gebundenen Kulturfinanzierung aus dem regulären Budget in den Lotteriefonds verlagert hat, ist die Sicherung der Finanzierung der Kultur ein ständiges Thema. Dies zeigte sich zum Beispiel in der Volksinitiative «für ein Film- und Medienförderungsgesetz», die abgelehnt wurde. Zudem erfolgte auch eine konkrete Kürzung des Kulturbudget durch den Regierungsrat – im Zusammenhang mit der Erhöhung der Beiträge für das Theater Kanton Zürich. Diese Kürzung konnte die SP leider weder verhindern noch in der Budgetdebatte rückgängig machen.

Ebenso wurden unsere Budget- und KEF-Anträge zur längerfristigen Sicherung der Kulturfinanzierung ab dem Jahr 2022 allesamt abgelehnt mit dem Verweis auf die anstehende Debatte zur Lotteriefondsvorlage. Das neue Lotteriefondsgesetz, das einen definierten Betrag für die Kultur vorsieht, wurde vom Regierungsrat im Februar 2019 veröffentlicht.

Weiter hat die SP eine Anfrage für mehr Kulturraum (Nutzung von leerstehenden Gebäuden) eingereicht und – erfolglos – Anträge für mehr Kunst am Bau und zu Gunsten der kantonalen Kunstsammlung gestellt.

# Legislaturziele 2019 bis 2023: Das wollen wir bildungs- und kulturpolitisch erreichen

## Frühe Förderung als Gesamtkonzept und Tagesstrukturen für alle

- Dass die Grundsteine für eine erfolgreiche Schullaufbahn schon vor der Schule gelegt werden, ist heute allen klar. Darum braucht es für die frühe Förderung ein gutes Gesamtkonzept und passende Strukturen in der Volksschule.
- Wir fordern ein direktionsübergreifendes Gesamtkonzept der frühen Förderung.
- Die Angebote für die frühe Sprach- und Sozialförderung müssen ausgebaut werden, auch für Kinder aus sozial schwachen/sozial benachteiligten Familien.
- Die familienergänzende Betreuung muss fair finanziert werden. Wir kämpfen für Finanzierungsmodelle mit kantonaler Beteiligung.
- Wir setzen uns für den Auf- und Ausbau von bezahlbaren Tagesstrukturen im ganzen Kanton ein.
- Jedes Kind im Kanton Zürich soll die Möglichkeit haben, eine bezahlbare Tagesschule zu besuchen. Für die Erreichung dieses Ziels setzen wir uns ein.

## Inklusion braucht Ressourcen

- Die Inklusion ist zentral in der Schule und darf nicht zum Kürzen missbraucht werden. Darum kämpfen wir dafür, dass die Ressourcen für die Inklusion in der Bildung ausgebaut werden.
- Wir wollen nicht zurück in die Separation der Vergangenheit: Wir fordern kleinere Klassen statt Kleinklassen und genügend Lehrpersonen, um den Ausbau von Teamteaching zu ermöglichen.
- Wir brauchen gut ausgebildete Lehrpersonen. Darum setzen wir uns für attraktive zusätzliche Qualifizierungsmöglichkeiten ein – auch im Bereich der Heilpädagogik.
- Wir setzen uns für die Unterstützung aller Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen (Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten, Hochbegabung, etc.) ein.
- Kein Abschluss ohne Anschluss: Wir kämpfen für Anschlussmöglichkeiten in die Berufswelt für alle – auch für Personen mit Beeinträchtigungen.

## Die Berufsbildung muss gestärkt werden

- Die Berufsbildung im Kanton Zürich ist durch die Bildung von Berufsschul-Kompetenzzentren in einem Umbruch. Dieser muss durch die Politik eng begleitet werden. Die Lehrpersonen dürfen bei diesen Umwälzungen nicht unter die Räder kommen.
- Information ist zentral. Nicht nur die Eltern, sondern auch die Schüler\*innen müssen frühzeitig – also bereits in der Primarschule – über das Bildungssystem der Schweiz aufgeklärt werden. Die vielfältigen Anschlussmöglichkeiten an die Volksschule und die attraktiven Alternativen zum Gymnasium müssen allen Beteiligten stufengerecht vermittelt werden.

## Wenn Selektion, dann fair

- Der Lehrplan 21 basiert auf Kompetenzen, diese Neuausrichtung bildet sich aber im Zeugnis nicht ab. Wir fordern, dass die erworbenen Kompetenzen auch im Zeugnis adäquat ausgewiesen werden, wie das in anderen Kantonen bereits der Fall ist.
- Die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium kann heute nur bestehen, wer neben der Schule zusätzliche Kurse besucht, weil Lernstoff geprüft wird, der in der Schule nicht vermittelt wird. Diese Art der Selektion ist unfair. Wir setzen uns dafür ein, dass der Übergang zum Gymnasium derart ausgestaltet wird, dass leistungsstarke Schüler\*innen den Zugang allein aufgrund ihrer Leistung in der Volksschule erlangen.

## Lebenslanges Lernen braucht Weiterbildungsangebote

- «Lebenslanges Lernen» ist ein beliebtes Schlagwort. Wir fordern, dass es mit Inhalt gefüllt wird und setzen uns für zugängliche Weiterbildungsangebote für alle ein – unabhängig von Portemonnaie und schulischer Vorbildung.

### **Dem Lehrpersonenmangel kann nur mit besseren Arbeitsbedingungen begegnet werden**

- Die heutige Ausbildung der Kindergartenlehrpersonen ist gleich wie diejenige der Primarlehrpersonen – also: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir kämpfen dafür, dass Kindergartenlehrpersonen den gleichen Lohn wie Primarlehrpersonen erhalten.
- Der neue Berufsauftrag begleitet uns auch in der neuen Legislatur. Die Konstruktionsfehler im Berufsauftrag müssen nach Vorliegen der Umfrage des Volksschulamtes so schnell wie möglich beseitigt werden.

### **Die Kultur braucht Perspektiven**

- Kultur braucht Platz: Wir setzen uns auch in dieser Legislatur für mehr Räume für Kultur ein, zum Beispiel in kantonalen Schulgebäuden.
- Kultur muss für alle Kinder und Jugendliche zugänglich sein: Wir kämpfen für mehr kulturelle Bildung für Jugendliche.
- Kultur ist eine Staatsaufgabe und muss finanziert werden. Wir unterstützen eine Teilfinanzierung durch den Lotteriefonds mit dem neuen Lotteriefondsgesetz, fordern aber auch, dass die Kulturfinanzierung mit zusätzlichen Staatsmitteln im Budget verankert wird.

### **Kantonale Kulturgüter müssen in ihrem Wert erhalten werden**

- Der Kanton Zürich verfügt über einen grossen Schatz an Kulturgütern, ohne einen Überblick über diesen zu haben. Bei den Kulturgütern im Besitz des Kanton Zürich heisst es aufräumen, erhalten, investieren.
- Wir fordern eine Inventarisierung der Kulturgüter, die sich im Besitz des Kantons befinden.
- Wir setzen uns für den Schutz der kantonalen Kunstsammlung und die Sicherung ihres Wertes ein.
- Wir fordern eine kantonale Gesetzesgrundlage für Kunst am Bau.

### **Kultur schafft Arbeitsplätze**

- Kulturelle Projekte sichern und schaffen Arbeitsplätze – nicht nur in Zürich und Winterthur, sondern auch in weiteren Gemeinden. Wir setzen uns für die Förderung solcher Projekte ein.

# LEGISLATURZIELE FINANZ UND WIRTSCHAFT

## Rückblick: Generalangriff auf die Steuern abgewehrt

### Steuerpolitik: schlimmste Angriffe abgewehrt

Die alte Legislatur war geprägt von einem Generalangriff des Bürgerblocks auf das Steuersubstrat. So wurden Initiativen und Vorstösse eingereicht, die praktisch bei jeder Steuer-Kategorie eine Senkung verlangten, von den Einkommens- und Vermögenssteuern bei den natürlichen Personen über Gewinn- und Kapitalsteuern bei den juristischen Personen bis zur Verrechnungsmöglichkeit von Verlusten an der Grundstückgewinnsteuer oder einer geringeren Besteuerung von Kapitalbezug bei der Pensionskasse. Bis auf die Verrechnungsmöglichkeit von Verlusten an der Grundstückgewinnsteuer (Annahme in der Volksabstimmung) gelang es, die Umsetzungen zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Der Raum für eine offensive Gestaltung der Steuerpolitik in sozialdemokratischem Sinne war hingegen angesichts der Mehrheiten in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben und im Kantonsrat sehr klein. Mit einigen parlamentarischen Initiativen («PI Sarbach» zur Besteuerung der FIFA, «PI Feldmann» zum freiwilligen Abzug der Steuern am Lohn) konnten wir uns in der Steuerpolitik zwar profilieren, Mehrheiten für diese Anliegen waren aber nicht in Reichweite.

Angesichts der neuen Zusammensetzung des Kantonsrates dürften die Rechten in der neuen Legislatur in vielen Fällen schon im Rat keine Mehrheiten mehr für ihre Anliegen haben: Die neue rot-grüne Mehrheit weiss, dass Steuersenkungen schnell auch auf die Umweltpolitik durchschlagen werden.

### Wirtschaftspolitik: Erfolg Taxigesetz

Hier konnte die SP einen der wenige Erfolge in dieser Legislatur erzielen: Gemeinsam mit der SVP konnte ein Taxigesetz durchgesetzt werden, das eine stärkere Regulierung des Taxiwesens (inkl. «Uber» u.ä.) bringt, und damit einen besseren Schutz der Arbeitnehmenden und der Kund\*innen im Transportwesen. Allerdings muss die Vorlage den Test an der Urne noch bestehen.

### Finanzpolitik: Lü16 hinterlässt Spuren

Ein dominierendes Thema der letzten Legislatur war die «Leistungsüberprüfung 16». Dabei wurden allerdings nur die Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates umgesetzt, Massnahmen in der Kompetenz des Kantonsrates scheiterten im Rat (Lex Hirslanden, IPV-Reduktion) oder aber in der Volksabstimmung (Verkehrsfonds). Niedergeschlagen hat sich Lü16 aber ohne Zweifel auch in einer restriktiveren Budgetierung; in welchem Umfang, ist schwer abzuschätzen.

### Naturschutzpolitik: verhärtete Fronten

Hier blieben die Fronten bis kurz vor Ende der Legislatur verhärtet, mit wenig Bewegung. Erst beim letzten Budget konnten zu Gunsten der Biodiversitätsförderung beim Amt für Landschaft und Natur Budgeterhöhungen durchgesetzt werden. In diesem Bereich dürften die neuen Mehrheiten im Kantonsrat in der neuen Legislatur am ehesten spürbar werden.

### Oberaufsicht Wirtschaftliche Unternehmen: vom Bohren dicker Bretter

Die wirtschaftlichen Unternehmen können im Sinne der SP nur sehr bedingt über die Oberaufsicht gesteuert werden. Dies hat über die der Tätigkeit der Unternehmen zugrunde liegende Gesetzgebung zu erfolgen. Dennoch kann durch ständiges Nachstossen Einfluss genommen werden, etwa bei der EKZ in Sachen erneuerbarer Energien oder bei der ZKB bei der Erfüllung des Leistungsauftrages. Deshalb gilt hier die Feststellung Max Webers, dass Politik das Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmass zugleich sei, ganz besonders.

# Legislaturziele 2019 bis 2023: Das wollen wir finanz- und wirtschaftspolitisch erreichen

## Faire Steuern für alle statt für wenige

- Der Steuerertrag muss erhalten bleiben: Wir wollen Steuersenkungen verhindern und setzen uns für eine aktivere Bekämpfung der Steuerhinterziehung ein.
- Der Kanton braucht zusätzliche Handlungsspielräume bei den Steuereinnahmen: Wir kämpfen für mehr Steuerkommissär\*innen und wollen die Halbierung der Kapitalsteuer rückgängig machen.
- Wir wollen steuersystematische Fragen zum Thema machen: Wir kämpfen für die Einführung ökologischer Lenkungsabgaben. Wir stellen das Bandbreitemodell (Prof. Zehnder) wieder zur Diskussion. Wir wollen eine Verbesserung des Lastenausgleichs im Bereich der Soziallasten sowie bezüglich Zentrumslasten der grossen aber auch der kleineren Städte. Wir verlangen Transparenz bei den Steuerrulings.

## Ein fairer Arbeitsmarkt für alle

- Immer mehr Menschen werden aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder finden schwierige Arbeitssituationen vor. Deshalb setzen wir uns ein für eine Arbeitsmarktpolitik, welche die Wirtschaft mit in die Verantwortung nimmt.
- Wir wollen das Potential der Generation Ü50 besser nutzen.
- Wir stehen ein für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Wir bekämpfen die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen («Generation Praktika», Leiharbeit, unbezahlte Care-Arbeit etc.).

## Rahmenbedingungen ganzheitlich betrachten

- Es ist Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns über gesetzliche Grundlagen zu bestimmen. Dabei sind neben ökonomischen Gesichtspunkten auch soziale und ökologische Aspekte zu berücksichtigen.
- Wir hinterfragen die bisherige Standortförderung (GZA) kritisch.

## Bodenpolitik ist Sozialpolitik

- Boden ist ein knappes Gut und lässt sich nicht vermehren. Deshalb sind eine gerechte Verteilung und nachhaltige Nutzung zentral für die Gesellschaft.
- Wir verlangen ein Vorkaufsrecht für die Gemeinden, insbesondere auch beim Verkauf von Grundstücken von staatsnahen Betrieben.
- Wir fordern vom Kanton ein verstärktes Engagement bei der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

## Die ZKB bleibt die Bank des Zürcher Volkes

- Die ZKB leistet als Bank des Zürcher Volkes, ausgestattet mit einem Leistungsauftrag, einen wesentlichen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Entwicklung des Kantons Zürich.
- Wir bekämpfen jegliche Ideen für eine (Teil-)Privatisierung.
- Wir bekämpfen eine Engerfassung der Staatsgarantie.
- Wir verlangen eine massvolle Entlohnung des Kaders und sowie einen höheren Anteil von Frauen in Führungspositionen.
- Wir stehen ein für Anpassungen im Leistungsauftrag zugunsten von ökologischen und nachhaltigen Investitionstätigkeiten im Sinne des Klimaschutzes.

# LEGISLATURZIELE PLANUNG, UMWELT, ENERGIE, VERKEHR

## Rückblick: Volksabstimmungen kompensieren Ratsniederlagen

### Im Kantonsrat: Eine verlorene Legislatur

Im Kantonsrat waren wir nicht erfolgreich. Die rechte Mehrheit konnte Ihre Ziele zu Abbau und Privatisierung beliebig durchsetzen. Anders als zu Beginn der Legislatur gehofft liessen sich keine Verbündeten finden, die mit uns und den grünen Parteien konstruktiv zusammengearbeitet hätten. In den entsprechenden Kommissionen (KPB und KEVU) waren zwar Vertreter\*innen, die durchaus gerne mit uns kooperiert hätten, sie wurden aber regelmässig in ihren Fraktionen zurückgebunden.

### Erfolgreiche Volksabstimmungen: von der Blockade- zur Gestaltungsmacht

Dafür waren wir in den Volksabstimmungen meistens erfolgreich. Die Limmattalbahn wurde am Ende auch von den lokalen Wähler\*innen unterstützt. Der Schiffszuschlag wurde von der Regierung abgesetzt, bevor die Initiative eingereicht wurde. Nur beim Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative konnten wir uns nicht durchsetzen.

Der grösste Erfolg ist sicherlich das Wassergesetz. Hier hatten wir in der Kommissionsarbeit auch mit zaghaften Anträgen keine Chance. Aber das Volk hat unser Referendum deutlich unterstützt.

Auch wenn das Geschäft noch nicht ganz im Trockenen ist, kann man bereits jetzt unsere Kommissionarbeit zum Mehrwertausgleich als Erfolg betrachten. Die Kombination aus eingereichter Volksinitiative und Zusammenarbeit mit den Städten war sehr erfolgreich für die Arbeit in der Kommission für Planung und Bau.

Auch in Umweltfragen waren wir in der letzten Legislatur vor dem Volk erfolgreich. Zusammen mit unseren Partnern aus Parteien und Verbänden haben wir eine gute Truppe für Abstimmungskämpfe formiert. Diese Blockademacht müssen wir erhalten und zur Gestaltungsmacht ausbauen!

# Legislaturziele 2019 bis 2023: Das wollen wir umwelt-, verkehrs- und energiepolitisch erreichen

## Förderung der Biodiversität

- Zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen darf die Biodiversität nicht weiter abnehmen. Wenn weitere Arten aussterben oder im Kanton Zürich keinen Lebensraum mehr finden, wird ein immer schnellerer Prozess des Artensterbens in Gang gesetzt und letztlich das Leben der Menschen bedroht. Die Feuchtgebiete sind zu vergrössern, um gefährdete Pflanzen und Tierarten zu fördern und zu schützen.
- Darum müssen wir unsere verbleibenden Biotope schützen. Biotope, die in den letzten Jahrzehnten verloren gingen, müssen wieder hergestellt werden. Dazu sollen geeignete Flächen aufgewertet und miteinander vernetzt werden, damit sich die bedrohten Arten gesund weiter entwickeln können.
- Die Biodiversität muss auch in der Breite gefördert werden. Dazu ist es wichtig unsere Landwirtschaft nicht ausschliesslich auf kommerziellen Nutzen auszurichten. Im Kanton Zürich müssen gezielt auch Magerwiesen und ökologische Ausgleichsflächen gefördert werden. Ungedüngte Flächen sind auszubauen. Die Vernetzung von Biotopen muss verbessert werden. Meliorationen sind darauf auszurichten. Wir fordern, dass Schottergärten verboten werden. Der Flächenquotient von versiegelten und nicht versiegelten Flächen in Siedlungsgebieten sind zu verbessern.
- Zudem müssen in unserem Wald genügend Flächen ausgeschieden werden, die nicht primär der Holzproduktion dienen, sondern auch Platz für Unterholz bieten. Der Wald muss in der Nähe zum Siedlungsgebiet auch Erholungsnutzungen ermöglichen und auf der ganzen Fläche so ausgestaltet sein, dass vernetzte Hotspots zur Förderung der Biodiversität entstehen und gefördert werden. Der Kanton Zürich braucht eine Strategie, wie mit den Fichten, die als importierte Art, heute einen wesentlichen Anteil unserer Nadelwälder ausmachen, umgegangen werden soll. Die Fichten sind vom Klimawandel direkt bedroht. Deren Ersatz muss genutzt werden, um die Biodiversität in unseren Wäldern zu verbessern.
- Der Kantonsrat beschleunigt die Renaturierung der Gewässer. Er fordert eine raschere Umsetzung der Planung.

## Energie und Klima: netto null bis 2030

- Die globale Durchschnittstemperatur darf sich gemäss IPCC um maximal 1.5°C erhöhen. Darum muss der Kanton Zürich eine Vorreiterrolle beim Ausstieg aus fossilen Energieträgern einnehmen. Wir unterstützen die Ziele der Klimajugend, die von der Politik fordert, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bereits bis 2030 auf netto Null zu senken. Dazu muss die kantonale Politik alle Möglichkeiten nutzen: Heizung, Mobilität, Energieproduktion, Industrie und Gewerbe, Landwirtschaft und Konsum.
- Wir werden im Kantonsrat in den nächsten vier Jahren alles daran setzen, eine präzise Roadmap durchzusetzen, um den Energiehaushalt in allen Lebensbereichen auf erneuerbare Energiequellen umzustellen.
- Im Bereich der Gebäude (Isolation, Heizung, ...) hat der Kanton einen massgeblichen Einfluss auf den Energieverbrauch. Wir fordern eine schnelle und umfassende Übernahme der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE). Zudem muss das Gebäudeprogramm des Bundes vollständig ausgeschöpft werden. Das hilft der Umwelt und fördert gleichzeitig auch unsere lokale Energiewirtschaft. Der Kantonsrat schafft zudem ein Instrumentarium, das für einen ausreichenden Sauerstoffgehalt in sämtlichen öffentlichen Räumen, die Bildungszwecken dienen, sorgt.
- Mittelfristig darf keine fossile Heizung mehr durch eine neue fossile Heizung ersetzt werden. Mit einer konkreten Roadmap wird die vollständige Dekarbonisierung in Angriff genommen und die Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien vorangetrieben. Dort, wo das für die Investoren überproportional teuer wird, muss der Kanton unterstützend eingreifen. Der Kanton Zürich entwickelt ein sozialverträgliches Modell, um Öl- und Gasheizungen in Miethäusern durch erneuerbare Energien zu ersetzen, welches die Mieten nicht ansteigen lässt (Basler Modell).
- Dabei darf die soziale Frage nicht vergessen werden. Darum fordern wir bei allen Lenkungsabgaben, dass von den Einnahmen die Forschung gefördert und die Energiesituation verbessert wird; vor allem aber muss ein Grossteil direkt und gleichmässig an die Bevölkerung zurückfliessen. Die Konsumkraft aller Haushalte, auch der sozial schwächeren, muss gestärkt werden.
- Die SP stellt das ungebremsste Wachstum der Mobilität auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs in Frage. Der Kantonsrat unterstützt die Förderung der Elektromobilität dort, wo der motorisierte Individualverkehr unvermeidbar ist.

## Raumordnung

- Die Verkehrspolitik der SP beruht seit Jahren auf drei Säulen: 1. Vermeiden – 2. Verlagern – 3. Verbessern. Die Reihenfolge ist keinesfalls zufällig gewählt. Durch eine weitsichtige Raumplanung mit gemischter Ansiedlung von Wohn-, Geschäfts- und Freizeitnutzungen werden die Wege kürzer und die Verkehrsmenge wird reduziert. Durch die Verdichtung werden immer mehr Ziele bequem mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar. Die konsequente Förderung des Veloverkehrs führt zu zusätzlichen Verkehrsverlagerungen. Für den verbleibenden motorisierten Individualverkehr setzen wir auf Elektromobilität. Der verbleibende Verkehr, insbesondere Gewerbefahrten, haben dank der Vermeidungs- und Verlagerungsstrategie Platz auf einer reduzierten Strassenfläche.
- Den Gemeinden muss ermöglicht werden, auf allen nötigen Strassenabschnitten Temporeduktionen einzuführen, um die ansässige Bevölkerung vor übermässigem Lärm zu schützen und gute Aufenthaltsräume zu schaffen. Der Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative in der Verfassung ist so umzusetzen, dass eine stadtverträgliche Mobilitätsentwicklung möglich bleibt.
- Der Kantonsrat sorgt dafür, dass die Flughafen-AG sämtliche Massnahmen darauf ausrichtet, die Nachtruhe von 23 bis 6 Uhr einzuhalten. In der Betriebszeit zwischen 21 und 23 Uhr sind Kapazitäten für einen Verspätungsabbau einzuplanen.
- Die Siedlungsverdichtung in den gut erschlossenen Lagen ist die Chance, um mehr Menschen auch aus sozial schwächeren Schichten im Kanton gute Wohn- und Lebensqualität zu ermöglichen. Die Aussenräume müssen für Kindern und Erwachsene vielfältig nutzbar sein. Ein vernünftiger Mehrwertausgleich hilft, solche zu finanzieren.
- Die Wohnbauförderung stellt sicher, dass die sozialen Fragen in der Wohnpolitik genügend Gewicht erhalten.
- Um langfristig für alle erforderlichen staatlichen Aufgaben Raum zu haben, müssen Kanton und Gemeinden strategische Landreserven halten, kontrollieren und bei mit genügend zeitlichen Vorlauf ausbauen. Der Kantonsrat ermöglicht ein Vorkaufsrecht für die öffentliche Hand (Gemeinden).
- Der Kantonsrat verankert Ziele zur Nachhaltigkeit in den Grundsätzen der Richtplanung. Er sorgt über raumplanerische Massnahmen für die Einrichtung von Lichtschutzgebieten im Kanton Zürich.

# LEGISLATURZIELE STAAT UND JUSTIZ

## Rückblick: Abschaffung des Laienrichtertums und Soziallastenausgleich

Drei wichtige Erfolge konnten wir in bei Volksabstimmungen verbuchen: Die Abschaffung des Laienrichtertums wurde gegen massiven Widerstand erfolgreich durchgesetzt. Mit der Ablehnung des Hundegesetzes durch die Stimmbevölkerung haben wir verhindert, dass die Hundekurse abgeschafft werden. Auch die EDU-Volksinitiative «Schutz der Ehe» ist an der Urne grandios gescheitert.

Im Kantonsrat konnten wir mit folgenden Anliegen eine Mehrheit gewinnen:

- Die Regierung wurde per Gesetz dazu verpflichtet, das Kasernenareal nach dem Bezug des neuen Polizei- und Justizzentrums ganz zu räumen.
- An den Gerichten können flexiblere Teilzeitmodelle umgesetzt werden.
- Die Erwerbstätigkeit von Asylsuchenden und Flüchtlingen wird dank eines erfolgreichen Vorstosses gefördert und erleichtert.
- In der zuständigen Kommission konnte eine Mehrheit für einen wirksamen Soziallastenausgleich erreicht werden.

## Bürgerlicher Übermut

Die Legislatur war im Bereich Staat und Justiz geprägt vom bürgerlichen Übermut. Die rechts-konservative Mehrheit hat besonders in folgenden Bereichen ihre Übermacht ausgespielt:

- Abschottung statt Öffnung und Integration: Die vom Volk abgesegnete Kürzung der Sozialhilfe für Vorläufig Aufgenommene behindert die Integration von Tausenden, obschon allen klar ist, dass sie für lange oder für immer in der Schweiz bleiben werden. Mit diversen Vorstösse versuchen FDP und SVP, die Hürden für die Einbürgerung massiv zu erhöhen.
- Vorstösse gegen die Städte: Die Kompetenzen der kommunalen Polizeien wurden beschnitten, die gut funktionierende Praxis bei Häuserbesetzungen in der Stadt Zürich soll verschärft werden, die städtischen Arbeitsinspektorate sollen abgeschafft werden.

Es war schwierig, für sozialdemokratische Anliegen Mehrheiten zu finden. Trotzdem haben wir mit diversen Vorstössen und Fraktionserklärungen immer wieder auf das Thema Gleichstellung und Lohngleichheit hingewiesen. Die Verbesserung und Koordination von Flüchtlings- und Integrationspolitik im Bereich der Kantonsverwaltung und auf Gemeindeebene hat uns intensiv beschäftigt. Auch die immer wichtigere Frage der Anerkennung von weiteren Religionsgemeinschaften sowie die Haftbedingungen in Zürcher Gefängnissen wurden thematisiert.

# Legislaturziele 2019 bis 2023: Das wollen wir gesellschaftspolitisch erreichen

## Für eine umfassende Gleichstellung

- Wir stehen ein für Diversity: Es soll in der Verwaltung eine inklusive, gendergerechte Sprache benutzt werden. Formulare sind geschlechtsneutral auszugestalten.
- Wir fordern eine Erhöhung des Frauenanteils in kantonalen Institutionen hin zu einer paritätischen Geschlechtervertretung.
- Die Lohngleichheit ist ein verfassungsmässiges Recht, wird aber immer noch missachtet. Sie muss endlich umgesetzt werden, sowohl bei privaten wie bei staatlichen Arbeitgebern.
- Die Fachstelle für Gleichstellung soll wieder ausgebaut werden (u.a. mit erweiterten Auftrag zu Gunsten von LGBTIQ\* und Diskriminierungsschutz).

## Wirksamer Schutz vor Gewalt und wirkungsvolle Unterstützung der Opfer

- Wir fordern wirksame Massnahmen für den Schutz vor häuslicher Gewalt (u.a. Umsetzung Istanbul-Konvention).
- Minderheiten müssen vor *Hate Crimes* geschützt werden.
- Die Opferhilfe muss ausgebaut werden: Wir fordern eine Sockelfinanzierung der Frauenhäuser, genügend Angebote für Frauen, Mädchen und Knaben sowie höhere Entschädigungen für Opfer.
- Wir fordern Massnahmen gegen *Racial Profiling*.

## Menschenwürdige Haftbedingungen

- Wir engagieren uns für die Verbesserung der Haftbedingungen in Untersuchungs- und Ausschaffungshaft (z.B. Angehörigenarbeit, Besuchszeiten, stationäre Unterbringung für Jugendliche, v.a. Mädchen mit psychischen Problemen).

## Integration stärken

- Wir fordern ein Integrationsgesetz mit starken Integrationsangeboten im ganzen Kanton.
- Die SP begleitet die Umsetzung der kantonalen Integrationsagenda 2020 und weist auf deren Lücken hin – beispielsweise bei der Unterstützung und dem Einbezug von Freiwilligen in der Integrationsarbeit oder dem Ausbau der Brückenangebote in der Berufs- und Mittelschulbildung.

## Wirksame Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzes

- Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sind überlastet und brauchen mehr Ressourcen.
- Als Rekursinstanzen sollen die Bezirksgerichte und nicht mehr die Bezirksräte fungieren.

## Zeitgemässer und zielgerichteter Datenschutz

- Die Digitalisierung schreitet voran: Wir fordern einen sorgsamen Umgang mit digitalen Daten (Dateneigentümerschaft, Datensicherheit und Löschung von persönlichen Daten).
- Wir fordern ein Kontrollorgan für den Staatsschutz.

## Einbürgerungshürden senken

- Es soll bei Einbürgerungen eine verkürzte und einheitliche Wohnsitzfrist von zwei Jahren gelten.
- Wir fordern die Abschaffung der kommunalen und kantonalen Gebühren.
- Die Einbürgerung soll in allen Gemeinden über einen Verwaltungsakt erfolgen.

## Mehr Demokratie für alle: Ausländer\*innenstimmrecht und Stimmrechtsalter 16

- Den Gemeinden soll die Einführung des Ausländer\*innenstimmrechts ermöglicht werden.
- Wir fordern die Einführung eines kantonalen Ausländer\*innenstimmrechts.

- Die Einführung eines Stimmrechts für Jugendliche ab 16 Jahren soll an die Hand genommen werden.
- Die politischen Möglichkeiten des Jugendparlaments sollen ausgebaut werden.
- Der Bau eines neuen Rathauses als «Haus der Demokratie» soll geprüft werden.

### **Menschenwürdiger Umgang mit Sans-Papiers und Asylsuchenden**

- Wir fordern die Einführung einer kantonalen «City/State-Card» für Sans-Papiers.
- Private Sicherheitsorganisationen haben in Asylunterkünften nicht zu suchen.
- Wir fordern einheitliche Standards von Angeboten für Asylsuchende im ganzen Kanton.
- Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylsuchende müssen verbessert werden.

### **Unterstützung der Angehörigen im Erbfall**

- Wir fordern die Schaffung eines Erbteilungsamtes, das Angehörige bei Erbfällen unterstützt und Teilungsvorschläge unterbreitet (Modell Kanton St. Gallen).

### **Miliztauglich Politik: Partizipation fördern**

- Die Miliztauglichkeit der kantonalen und kommunalen Parlamente sowie der Gemeindevorstände muss gefördert werden.
- Wir fordern die Einführung von Stellvertreterregelungen.
- Politische Ämter sollen angemessen entschädigt werden inklusive den dazugehörigen Sozialversicherungsbeiträgen.

### **Interreligiösen Dialog stärken**

- Die Kooperation mit den nicht anerkannten Religionsgemeinschaften soll gefördert werden.

### **Modernisierung der Strukturen: Weniger, aber effektive Gemeinden**

- Wir fordern eine Stärkung der Anreize für Gemeindefusionen.
- Es soll geprüft werden, ob die Bezirksstrukturen noch zeitgemäss sind.

## Rückblick: Privatisierungen abgelehnt, Durchbruch bei der Prämienverbilligung

### Die wichtigsten Erfolge seit 2015

Die Privatisierung von zwei strategisch wichtigen kantonalen Spitalinfrastrukturen haben wir an der Urne verhindert: Das Kantonsspital Winterthur und die Integrierte Psychiatrie Winterthur bleiben uneingeschränkt im öffentlichen Besitz. Mit den Baurechtsartikel im USZ- und PUK-Gesetz haben wir sichergestellt, dass das Universitätsspital und die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich ihre Gebäude nicht verkaufen und nicht spekulativen Zwecken zuführen können.

Die parlamentarischen Initiativen der FDP, die einen Leistungsabbau bei der Spitex und mehr Markt in der Langzeitpflege anstrebten, konnten mit und wegen uns gebodigt werden. Der Bundesgerichtsentscheid zur Prämienverbilligung gab den nötigen Rückenwind für unseren Vorstoss, die Individuelle Prämienverbilligung IPV für Familien zu erhöhen.

Bei der Beratung des kantonalen Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz setzten sich unsere Vorstellungen zur IPV weitgehend durch. Der Regierungsvorschlag konnte mit klaren Sozialzielen verbessert und solidarischer ausgestaltet werden.

Die hartnäckige Kritik an der Spitalpolitik des abtretenden Gesundheitsdirektors führten zusammen mit den erfolgreichen Referenden (KSW/IPW) und Vorstössen dazu, dass der Entwurf des neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz nun viele linke Langzeitforderungen beinhaltet.

Weitgehend erfolglos blieben unsere Versuche, Bewegung in die Zürcher Sozialpolitik zu bringen. Abgelehnt wurden etwa die Motion zur Steuerbefreiung des Lebensgrundbedarfs und ein dringliches Postulat für die Aufnahme von Bootsflüchtlingen. Noch offen und mit der neuen Mehrheit nicht chancenlos sind unsere Vorstösse für eine gezielte Bekämpfung der Kinderarmut oder für kantonale Ergänzungsleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen.

# Legislaturziele 2019 bis 2023: Das wollen wir sozial- und gesundheitspolitisch erreichen

## Ausbau und Stärkung der Solidarität in der Sozialhilfe

- Die regionalen Sozialdienste sollen professionalisiert werden und überkommunal zusammenarbeiten. Nur so kann der korrekte und möglichst einheitliche Vollzug der Sozialhilfe gewährleistet werden.
- Der Grundbedarf in der wirtschaftlichen Sozialhilfe muss erhöht werden.
- Präventive Massnahmen zur Verhinderung von Armut werden im Gesetz verankert.
- Die Sozialleistungen werden von Kanton und Gemeinden je zur Hälfte getragen.
- Personen ab 55 Jahren sollen eine Überbrückungsrente erhalten, deren Höhe sich an den bestehenden Ergänzungsleistungen orientiert.
- Strukturelle und finanzielle Massnahmen sollen den Zugang zu Aus- und Weiterbildung erleichtern.

## Stärkung der Familien

- Ergänzungsleistungen reduzieren das Armutsrisiko von Familien und stärken deren Autonomie.

## Selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter und bedarfsgerechte Langzeitpflege

- Die ambulante Betreuung muss ausgebaut und öffentlich mitfinanziert werden, um verfrühte Heimeintritte zu vermeiden.
- Der Kanton muss seine Verantwortung auch in der Langzeitpflege wahrnehmen und eine bedarfsgerechte Pflegeheimliste erstellen.
- Der Kanton beteiligt sich an den Restkosten der Langzeitpflege.

## Kooperation statt Konkurrenz in der Spitalplanung und -finanzierung

- Die Spitäler bleiben im Besitz und unter der Kontrolle der Öffentlichkeit.
- Der schädliche Wettbewerb wird eingedämmt.
- Spitäler behandeln eine Mindestzahl an Grundversicherten.
- Grossinvestitionen unterstehen einer Bewilligungspflicht.

## Ausbau der Prävention und Gesundheitsförderung

- Die Gesundheitsbildung wird weitergeführt. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen werden präventive Massnahmen für psychische, sexuelle und körperliche Gesundheit intensiviert.

## Individuelle Prämienverbilligung (IPV) als gebundene Ausgaben statt Budgetbetrag

- Prämienzahlende wenden höchstens 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Prämien auf. Bis zum Erreichen dieses Ziels sind 100 Prozent Kantonsbeitrag im Budget einzustellen.

## Fürsorgerische Unterbringung (FU) reduzieren

- Fürsorgerische Unterbringungen werden nur noch von entsprechenden Fachärzt\*innen ausgeführt. Das Einführungsgesetz zum Kinder- und Erwachsenenschutzgesetz wird entsprechend angepasst.

## Regionale Gesundheitszentren

- In den Regionen soll eine integrierte Versorgung aufgebaut werden.